S 1 U 452/22

Leitsätze

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land

Sozialgericht Sozialgericht Konstanz

Sachgebiet **Abteilung** Kategorie Bemerkung

Rechtskraft

Deskriptoren Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV 2 als Arbeitsunfall: Covid-19-Virus: Unfallkausalität; Anscheinsbeweis

1. Dass es in Deutschland massenweise zu Infektionen mit dem Covid-19-Virus kommt, es sich bei einer Infektion also um eine allgemeine Gefahr handelt, steht einer Anerkennung als Arbeitsunfall nicht entgegen.

- 2. Für die Beurteilung, ob eine Infektion am Arbeitsplatz erfolgt ist, ist die Heranziehung der Grundsätze des Anscheinsbeweises (Beweis des ersten Anscheins) denkbar (im Ergebnis offengelassen).
- 3. Die vom Robert-Koch-Institut entwickelten Maßstäbe zur Bestimmung enger Kontaktpersonen können nicht unmittelbar für die Beurteilung herangezogen werden, ob eine Infektion durch Kontaktpersonen am Arbeitsplatz erfolgt ist.
- 4. Die Unfallkausalität ist nicht nachgewiesen, wenn neben Kontakten am Arbeitsplatz in vergleichbarem Umfang Infektionsmöglichkeiten im privaten, nicht versicherten Bereich bestanden.

§ 8 SGB VII

Normenkette

1. Instanz

S 1 U 452/22 Aktenzeichen 16.09.2022 Datum

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Â

Die Klage wird abgewiesen.Â

Â

Â

Tatbestand

Â

Die Beteiligten streiten darüber, ob die Infektion der Klägerin mit dem Corona-Virus SARS-CoV 2 (nachfolgend: Covid-19-Virus) einen Arbeitsunfall darstellt.

Â

Die am â | geborene Klā zgerin ist Industriekauffrau und fā 4r die Bā 4roarbeiten in einem kleinen Handwerksbetrieb, in dem 14 Personen tā zig sind, angestellt. Zu Kontakt mit anderen Beschā zftigten kommt es in einem Bā 4ro (ca. 60 mā²), welches die Klā zgerin zusammen mit dem Inhaber des Betriebes nutzt und welches auch von weiteren Beschā zftigten aufgesucht wird. Auā erdem hat sie Kontakt zu anderen Beschā zftigten in der Fertigungshalle (ca. 1000 mā²) des Betriebes, welche die Klā zgerin mehrmals tā zglich aufsucht. Die Klā zgerin lebt mit ihren drei Sā hnen in hā zuslicher Gemeinschaft (Einfamilienhaus).

Â

Im Betrieb wurde eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt und die dort gegebenen Hinweise nach Angaben des Unternehmers auch eingehalten. Danach wurden etwa Kontakte zwischen den Beschäftigten möglichst vermieden und Abstände (mindestens 1,5 m) eingehalten. Die Zahl der Personen im Aufenthaltsraum und bei Besprechungen wurde begrenzt, möglichst in versetzten Arbeitszeit gearbeitet und regelmäÃ∏ig gelüftet. Es waren Hygienestationen zum Händewaschen und Desinfizieren vorhanden. Die Beschäftigten trugen durchgehend Mund-Nasen-Schutz (im Fall der Klägerin OP-Masken, keine

FFP2-Masken).

Â

Am Montag, den 12. April 2021 wurde â∏! (nachfolgend: A), der als Leiharbeitnehmer im selben Handwerksbetrieb beschäßtigt war, positiv auf das Covid-19-Virus getestet. Eine vom Arbeitgeber veranlasste Testung bei den BeschÄxftigten des Betriebes vom 13. April 2021 ergab keine weiteren Nachweise von Infektionen, auch nicht bei der Klägerin. In der Nacht vom 15. auf den 16. April 2021 verspürte die Klägerin erste Symptome und am 19. April 2021 wurde ein positiver PCR-Test vorgenommen. Die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin befand sich vom 19. bis 30. April 2021 in Absonderung, wĤhrend der sie an erheblichen Krankheitssymptomen (nach eigenen Angaben: Husten, Durchfall, Ã\|belkeit, Erbrechen, Kraftlosigkeit, Kopfschmerzen, Müdigkeit, Einschränkung des Geruchssinns) litt. Ebenfalls am 19. April 2021 war einer ihrer Söhne, â∏! (nachfolgend N), positiv getestet worden. Die beiden weiteren Kinder der KlÄxgerin wurden nicht getestet, blieben aber auf Anordnung einer Mitarbeiterin der Stadt â∏! mit der Klägerin in Absonderung. Am 21. April 2021 spürte ein weiterer Beschäftigter, der Meister â∏! (nachfolgend: W), erste Symptome und wurde am selben Tag positiv getestet. Ansonsten haben sich in dem Betrieb zum damaligen Zeitpunkt keine Beschägtigten infiziert.

Â

Nach Angaben der Klägerin heilte die Infektion bei ihr nicht vollständig aus, sondern es sind Langzeitfolgen (allgemeine Abgeschlagenheit; Antriebslosigkeit; ständige Mýdigkeit; Atemnot auch bei geringen Anstrengungen; häufige Kopfschmerzattacken; Muskelkrämpfe; Lebensmittelunverträglichkeiten; Beeinträchtigung des Geruchs- und des Geschmackssinns) verblieben.

Â

Der Arbeitgeber meldete den Vorfall mittels Unfallanzeige vom 6. Mai 2021 (ausgefýIlt und unterschrieben von der Klägerin selbst). Ausweislich eines Aktenvermerks vom 19. Mai 2021 gab die Klägerin telefonisch gegenüber der Beklagten an, sie und ein weiterer Kollege (gemeint: W) seien durch A angesteckt worden. Beide hÄxtten ansonsten keine Infektionen im Verwandtenkreis gehabt. Sie habe sich oft in der Fabrikationshalle aufgehalten und Ķfters mittelbaren Kontakt (1,5 m und 15 Minuten) zu A gehabt. Die Maske habe sie bei engem Kontakt immer getragen. Im weiteren Verfahren (Schreiben vom 21. Oktober 2021) gab die Klägerin an, sie müsste sich schon sehr wundern, wenn sie sich auÃ∏erhalb des Betriebes infiziert hÃxtte, da sie zur damaligen Zeit nur noch zum Einkaufen und zur Arbeit gegangen sei. Niemand in ihrer Familie und ihrem sonstigen Umfeld sei damals infiziert gewesen. In einem Fragebogen für den Arbeitgeber (ausgefüllt und unterschrieben am 20. Oktober 2021 von der KlĤgerin selbst) wurde die Frage zu einem Mindestabstand von 1,5 m zu anderen Mitarbeitern bejaht und ein enger Kontakt über 10Â Minuten verneint. Ebenfalls wurden jeweils die Fragen zu einem engen Kontakt (